

## Mangelt es der Europa-Politik an Werten?

Wie ist es mit Werten in der Politik bestellt – genauer gesagt in der zeitgenössischen Politik demokratischer Staaten bzw. der EU? Diesem eher praktischen Thema ist der folgende Beitrag gewidmet, mehr ein etwas utopischer Vorschlag als theoretische Analyse. Noch bevor ich mich aber zu der Sache selbst wende, muß ich etwas über meine persönliche Erfahrung mit der Politik sagen.

Als ein fast lebenslänglicher Dissident hatte ich mich bis zu meinem 53. Lebensjahr *volens-nolens* gegen Politik bloß zu verteidigen, und zwar mit Vorsicht, um meine Familie nicht zuviel zu bedrohen. Den Krieg und das NS-Regime habe ich noch als Kind erlebt, unter dem Schutz der Eltern. Doch gleich nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 mußte ich jene seltsame Lebensstrategie dem totalitären Regime gegenüber lernen, die für Millionen zur Selbstverständlichkeit wurde, die man jedoch denen, die es nicht gelebt haben, kaum erklären kann.

Es ist für unser Thema wichtig, daß sowohl das Nazi-Regime wie auch der Kommunismus eigentlich höchst mit Wert beladene Regime waren, freilich mit etwas seltsamen, spezifischen Werten. Für die Nazis war es der Wert des Deutschtums bzw. Ariertums, über den es kein Scherzen gab und für die Kommunisten die revolutionäre Abschaffung der Ausbeutung bzw. der ausbeuterischen Klasse. Ob man diese nun als Werte anerkennt oder nicht, beide wurden nicht nur für die Machthaber sondern auch für einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft ernstzunehmende und eindeutig wünschenswerte Vorstellungen, wie es die übliche Definition von Wert verlangt. Entscheidend ist aber die Tatsache, daß beides sozusagen »Teilwerte« waren, die eine gewollte Unterscheidung, eine Spaltung in die betreffenden Gesellschaften eingeführt haben, zu dem Zweck, die Menschen in zwei sehr unterschiedlich zu wertende Klassen zu sortieren, was von Anfang an eine »Endlösung« vorbereitete.

Man kann zwar zugunsten des kommunistischen Kriteriums wenigstens theoretisch anführen, daß es eine persönliche Wahl prinzipiell nicht ausgeschlossen hatte: in der Theorie kann der Mensch seine Klassenzugehörigkeit ändern, was bei der »Rasse« wohl unmöglich ist. Aber gerade deshalb, um ihrer Klassifizierung der Menschen eine größere Durchschlagskraft zu verleihen, haben auch die Kommunisten

in ihrer allgegenwärtigen Kader-Praxis ein etwas anderes Kriterium angewendet, nämlich die Klassen*herkunft*, die letztendlich zu einer Art Schicksal und Erbsünde der Betroffenen wurde, also ähnlich der »Rasse«.

Mit dieser Lebenserfahrung kann sicherlich nicht überraschen, wenn unsereiner auf der Hut bleiben wird, wo immer über Werte in der Politik gesprochen wird. Nicht aus der allgemein skeptischen Haltung gegenüber jedem Wertgerede der Politiker, das gewöhnlich für verdächtig, vorgetäuscht und unaufrichtig gehalten wird, sondern umgekehrt: aus Behutsamkeit den Werten gegenüber. Es gibt auch sehr gefährliche »Werte«, und zwar um so mehr, je aufrichtiger und ernsthafter man sie vergesellschaften und verwirklichen möchte.<sup>1</sup>

Trotz dieser Reserviertheit kann man andererseits keineswegs leugnen, daß gerade in der Politik fast ausschließlich aufgrund von Wertungen entschieden werden muß: Fragen, die man auf eine verlässlichere Art beantworten kann, kommen kaum in die politische Debatte. Über die Konstruktion einer Brücke braucht man nicht abstimmen, während fast jede echt politische Entscheidung sich gerade dadurch auszeichnet, daß es fast ebenso viele und ebenso gute Gründe für ein »Ja« wie für ein »Nein« gibt. Etwas zugespitzt könnte man sagen, die Abstimmung ist eine Notlösung aus Verzweigung, wie auf unentscheidbare und trotzdem schnell zu entscheidende Fragen eine Antwort zu geben sei. Seit Aristoteles setzt man dabei voraus, daß eine kollektive Entscheidung immerhin besser ist als die eines Einzelnen oder ein blindes Los.<sup>2</sup>

Mit all diesen Schwierigkeiten wurde ich plötzlich nach der Wende konfrontiert, bei dem ersten meiner völlig unerwarteten Ausflüge in die hohe Politik: Zwischen 1990 und 1992 war ich Vizevorsitzender des damals noch tschechoslowakischen Parlaments und Sprecher der stärksten Fraktion. Heute muß ich nur schaudern bei der Erinnerung, wie unvorbereitet und eigentlich ungebildet wir alle damals in die Politik »geworfen« worden sind – und mich wundern, daß wir dabei nicht viel größeren Schaden angerichtet haben. Nur anekdotisch möchte ich eine Beratung des Jahres 1990 erwähnen, wo wir als Abgeordnete mit mehreren Ministern die Stellung der Regierungspartei zur Abstimmung über Wechselkurse ausarbeiten mußten, obwohl keiner von uns Bescheid wußte, was das eigentlich bedeute. Für die Ministertätigkeit 1998 war ich jedenfalls schon etwas besser vor-

1 Vermutlich ist diese seltsame Zweideutigkeit des »Wertes« als solcher auch eine Erbschaft des Weber'schen Ideals der »Wertfreiheit« der Wissenschaften; wissenschaftlich gesehen ist alles ein Wert, was von Menschen angestrebt wird.

2 Vgl. Aristoteles: Politik. 1286 a.

bereitet. Aus diesen kurzen, jedoch sehr intensiven Erfahrungen mit der hohen Politik ist mir übrigens eine nachsichtigere Einstellung zu den Politikern geblieben, als heute üblich.

In einem Punkte ist unsere Aufgabe nach der Wende jedoch wesentlich leichter gewesen als diejenige, vor der heute die meisten Politiker stehen: Wir wußten wohin das Land zu lenken sei. Wir hatten zwar über das Funktionieren moderner Demokratie eher nebelhafte Vorstellungen, daß wir sie aber einführen wollen, stand außerhalb jeder Frage. Wir wußten zwar wenig, wie dies zu bewerkstelligen sei, die Zielvorstellung war jedoch eindeutig gegeben.

Nun lautet die *erste These* dieses Beitrags, daß es der heutigen Politik *an leitenden Themen fehlt*. Es gibt zwar jede Menge ernsthafter Probleme und Sorgen, wie zum Beispiel die Reform der Steuer, die Finanzierung des Sozial- und Gesundheitswesens, die Fragen der Immigration, der Energiepolitik oder des Umweltschutzes, keine von ihnen kann jedoch genügend »vergesellschaftlicht« werden, anders gesagt: die Mehrheit der Wähler aus den Sesseln heben. Politik wird zunehmend technisch, braucht immer mehr und immer speziellere Fachkenntnisse und verwandelt sich allmählich in eine bloße Verwaltung, die uns Laien recht wenig sagen kann. Und zwar um so weniger, als diese Probleme zumeist als drohende Katastrophen und Politik als eine Art Konkursverwaltung inszeniert werden: So geht das nicht weiter, sagen *unisono* die Politiker.

Dies ist zwar sichtbar auch an den meisten nationalstaatlichen »politischen Szenen«, jedoch am deutlichsten an der europäischen Politik, an der Politik der EU. Die ist nun offenbar seit ein oder zwei Jahren ins Stocken geraten, so daß man oft von einer »Krise« hört – trotz aller glänzenden Erfolge der vergangenen 40 Jahre. Man soll sich nur vergegenwärtigen, was unsere Vorfahren etwa 1938 oder nach 1945 gesagt hätten, sollte jemand damals den heutigen Stand des politischen Europa in Aussicht gegeben haben: Keiner hätte es für möglich gehalten, daß es in Europa eine politische Autorität geben kann, die eventuelle Konflikte und Spannungen nicht nur schlichtet, sondern auch wirksam vorzubeugen vermag. Daß es einen ausgefeilten institutionellen Rahmen gibt, der auch wirtschaftliche und soziale Verhältnisse wirksam steuert, koordiniert usw. Wieso nun diese Ratlosigkeit, gerade in dem Moment, wo sowohl Deutschland als auch Europa weitgehend vereinigt und demokratisch sind und wo die meisten Europäer im Frieden und in einem Wohlstand leben, den sich vor nur 50 Jahren kaum jemand vorstellen konnte?

Nun ist meine Hypothese, daß die Ratlosigkeit der heutigen europäischen Politik gerade daher kommt, daß sie neulich *den äußeren Feind verloren hat*. Sowohl in der Politik wie auch in den Analysen der Wissenschaftler wird diese Tatsache nach meiner Einsicht immer noch grob unterschätzt. An den unerhörten Erfolgen

der europäischen Integration zwischen den 1950er und 1980er Jahren hat sich nämlich dieser Feind, genauer gesagt die gemeinsame Angst vor dem Kommunismus und vor der Sowjetunion, wesentlich mehr beteiligt, als man gewöhnlich glaubt. Nichts kann die Menschen und die Staaten wirksamer einander näher bringen, als eine gemeinsame Bedrohung, eine geteilte Furcht – und die ist plötzlich verschwunden. Ich habe immer die köstliche Szene aus einem französischen Film der späten 50er Jahre vor Augen,<sup>3</sup> wo der Sonnenkönig Ludwig mit dem Fernrohr ein Schlachtfeld beobachtet und bemerkt, daß die feindlichen Kanonen umkehren und wegziehen. Er wendet sich zu seinem Adjutanten und sagt enttäuscht: »Der Feind hat uns verraten!« Genau das ist auch nach 1989 geschehen.

Nun ist dies für die traditionelle Staatspolitik ein kaum zu reparierender Verlust: Gibt es überhaupt eine wichtigere und mehr selbstverständliche Aufgabe des Staates als die Verteidigung gegen äußere Feinde? In den klassischen Enzyklopädien um 1900 war jeder Staat durch eine Landkarte, eine Flagge und die Uniformen seines Militärs präsentiert – was sonst? Und jetzt soll das alles bloß eine Dekoration werden? Womit könnte man diese »absolute« Aufgabe des Staates ersetzen? Und kann es überhaupt Staaten ohne Feinde geben?

Auf diese neue Situation kann man im Prinzip auf zwei Weisen reagieren: entweder man findet – oder erfindet – einen neuen Feind, oder man müßte eine neue Politik schaffen, die Carl Schmitt zum Trotz ohne Feind auskommt. Für die erste Methode gibt es Beispiele genug; manche Politiker schauen sich fast instinktiv nach einem Ersatzfeind herum. Margaret Thatcher hat mit dem – nicht gerade glorreichen – Feldzug auf die Falklandinseln eine Wahl gewonnen. Neulich hat Präsident Chirac alle Franzosen mit der Erklärung überrascht, Frankreich sei bereit Terroristen unter Umständen sogar mit Atomwaffen zu bekämpfen. Wie er sich das praktisch vorstellen möchte, bleibt unklar, doch der Geist der Mobilmachung wurde aufgerufen. Über Präsident Bush brauche ich nicht viel sagen, andererseits sind aber manche Europäer geneigt, gerade in ihm einen Feind zu sehen.

Wenn nicht gleich den Feind, so sehen sehr viele in den USA zunächst einen Konkurrenten und manche Politiker setzen auf einen Wettbewerb. So ist die sogenannte Lissabonner Strategie der EU entstanden, die jemandem aus dem Osten zwangsläufig den alten Chruschtschow in Erinnerung bringt und seine Losung »die führenden kapitalistischen Staaten nachholen und überholen.« Nun scheint mir aber – und dies ist eine *dritte These* – daß man hier in Europa mit dem Ver-

3 Fanfan la tulipe. Regie: Christian-Jaque. 1952.

gleich und dem Wettbewerb mit den USA schlecht beraten ist. Es ist ein falscher Weg, denn die zwei Projekte – USA und EU – sind trotz aller Ähnlichkeiten doch politisch *grundverschieden*.

Während das politische Projekt USA mit der amerikanischen Losung »*E pluribus unum*«, aus vielerlei eines, zutreffend charakterisiert werden kann, ist es in Europa anders. Während die Amerikaner eine einheitliche und kulturell weitgehend homogene Gesellschaft anstreben, wozu auch das berühmte *melting-pot*-Konzept dient, sind in Europa ähnliche Projekte in der Vergangenheit nicht nur gescheitert, sondern haben Katastrophen verursacht. So ist Napoleon mit seinem Projekt europäischer Einigung gescheitert, obwohl er den eroberten Völkern vieles an Fortschritt und bürgerlicher Befreiung anzubieten hatte – und noch viel, viel schlimmer ist es im nächsten Jahrhundert mit Hitler und seinem »Neuen Europa« geraten, diesmal unter deutscher Führung.

Deshalb wissen wir Europäer bescheid, daß eine kulturelle und sprachliche Homogenisierung hier nicht in Frage kommt. Nicht daß es sie nicht in der Vergangenheit gegeben hätte: Die westlichen Monarchien haben es geschafft, die späteren nationalen Gebiete sprachlich zu vereinheitlichen. So hat sich England noch im Mittelalter Wales, Schottland und Irland einverleibt, so ist Frankreich in den Albigenkriegen und Spanien mit der Reconquista zu sprachlich-kulturellen und politischen Einheiten geworden. Später ging es aber nicht mehr und der ähnliche Versuch österreichischer Kaiser im 18. Jahrhundert oder des russischen Zaren im 19./20. Jahrhundert haben nur exzentrische Nationalbewegungen als Reaktionen hervorgerufen.<sup>4</sup>

So muß Europa mit seiner vielfältigen sprachlichen Erbschaft als eine Gegebenheit rechnen, obwohl ihre politische Aufgabe auf den ersten Blick wie die Quadratur des Kreises aussehen mag: eine demokratische Gemeinschaft aus Bürgern zu schaffen, die sich mit den meisten Mitbürgern sogar sprachlich nicht verständigen können. Freilich bringt diese europäische Beschaffenheit offensichtliche Nachteile: Die »Transaktionskosten« der Ökonomen, mit all den Kommunikationsschwierigkeiten, mit den Kosten für Übersetzungen, für verschiedene Rechtssysteme usw. werden natürlich immer höher bleiben als in den sprachlich homogenen USA.<sup>5</sup>

4 Der besondere Fall Deutschland verdient in dieser Hinsicht wesentlich mehr Aufmerksamkeit als meine Kompetenz erlaubt. Die verspätete, aber fast gewaltlose nationale Einigung Deutschlands, in der die Bildung und Kultur eine so hervorragende Rolle spielte und die zum Schluß nur eine gewaltige »Hebamme« des Jahres 1870 benötigte, ist in unserem Zusammenhang bedeutsam. Prof. Vogt hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß man nach 1870 von einer »inneren Reichsgründung« spricht – etwas Ähnliches braucht heute *mutatis mutandis* die EU.

5 Aus demselben Grunde hat aber auch die Öffnung der Grenzen nach 1989 zu keiner Völkerwanderung geführt, obwohl damit manche Politiker auch Stimmung machen wollten. Ebenso hat sich der »polnische

Andererseits kann aber Europa gerade deshalb unmöglich zu einem »Superstaat« werden, obwohl bestimmte Utopisten davon träumen und viele Skeptiker uns damit einschüchtern wollen. Der Grad der Machtkonzentration wird hier immer hinter den USA nachhinken, was übrigens auch seine Vorteile hat. Es fragt sich, ob die ungeheure Macht des modernen Staates überhaupt einem Einzelnen anvertraut werden darf. Der Grad der emotionalen Identifizierung mit Brüssel kann nie mit Washington konkurrieren und die Popularität der EU-Politik wird wenigstens emotional immer hinter den nationalen Politiken zurückbleiben. Kein europäischer Politiker kann uns alle so zudringlich via Bildschirm in der Küche besuchen, wie es die einheimischen tun und man kann sich kaum einen europäischen Arlington-Friedhof bzw. 4. Juni vorstellen.

Vielfalt alleine ist freilich für eine künftige europäische Politik zu wenig. Europa braucht auch etwas, was diese Vielfalt überbrückt und wenigstens zum Teil zu neutralisieren vermag. Wenn man will also einen gemeinsamen »Wert«, der sich wirksam vergesellschaftlichen ließe. Eine Rückkehr in die Zeiten, als das Christentum diese Rolle mehr oder weniger gut erfüllte, ist nicht zu erwarten – und auch nicht zu wünschen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil eine religiöse Bindung *ex definitione* zugleich andere ausschließt.

Der tschechische Philosoph Jan Patočka hat in seinem Buch über »Europa und Nacheuropa«<sup>6</sup> den platonischen Gedanken der kritischen Rationalität, der »Pflege um die Seele«, *TES PSYCHES EPIMELEIA*, als europäische Gemeinsamkeit empfohlen. Leider hat sich diese kritische Rationalität als politischer Leitgedanke gerade in Platos Athen nicht besonders gut bewährt<sup>7</sup> und moderne Menschen verstehen eine Sorge um die Seele notwendiger Weise falsch, das heißt individualistisch, als eine Art *soul-building*, also letzten Endes anti-politisch. Übrigens ist das Angebot an solchen Fitneß-Einrichtungen für die Seelen schon heute ungeheuer groß.

Nun scheint mir aber, es gibt in der europäischen Geschichte eine etwas andere dauerhafte Tendenz, eine sehr charakteristische Leidenschaft – *die Neugier*. Sie ist wohl zunächst bei Herodot zu finden, dem ersten Europäer,<sup>8</sup> der sich der Erforschung der Sitten, der Lebensweisen und Besonderheiten anderer Völker gewidmet hat. Die gleiche Leidenschaft hat zum Teil christliche Mönche und Missionare in dunkle, unzugängliche Gegenden oder in andere Erdteile getrieben, die Pilger und Kreuzfahrer, die Vaganten der Universitäten, die großen Entdecker der frühen Neu-

Klempner« als Papiertiger entlarvt – eben weil er polnisch ist und bleibt.

6 Jan Patočka: *Evropa a doba poevropská*. Praha: Lidovénoviny 1992.

7 Vgl. zum Beispiel Jochen Bleicken: *Die athenische Demokratie*. Paderborn: Schöningh 1994.

8 Obwohl ionischer, kleinasiatischer Herkunft; »Europa« ist nämlich kein geographischer, sondern ein kulturell-historischer Begriff.

zeit bis zu den Kolonisten und Ethnographen des 19. Jahrhunderts beseelt – und freilich auch eine der größten europäischen Erfindungen, nämlich die Wissenschaft, von Anfang an getrieben.

Diese mehr oder weniger kultivierte Neugier, die – als Wissenschaft – die Welt in eine Kugel, in einen Globus verwandelte und so auch die heutige »Globalisierung« in Gang gebracht hat, sollte nun auch für Europa selbst zu einem wichtigen Thema gemacht werden, also zu einem *Wert der europäischen Politik*. Ist diese These so irrsinnig, wie sie auf den ersten Blick aussehen mag?

Eine große Schwäche moderner Theorien der »Multikulturalität« besteht darin, daß sie die sprachlich-kulturelle Verschiedenheit für sich alleine schon für einen Wert halten. Doch ein bloß gleichgültiges Nebeneinander von verschiedenen Kulturen und Ethnien ist an sich genommen nur eine Qual, ein Hindernis und eine latente Gefahr. In guten Zeiten allgemeiner Ruhe und Prosperität kann man sie wohl als flüchtiger äußerer Beobachter, als ein Tourist bewundern, in jeder Krise kann sie aber zum Sprengstoff werden. Das gleichgültige »Tolerieren« der Anderen, der Nachbarn, die mich und uns gar nichts angehen, mit denen wir nichts gemeinsam haben, über die wir nichts wissen und mit denen wir uns nicht unterhalten können, ist bloß ein Ignorieren, das bei jeder Gelegenheit in Verdacht und in Feindschaft umkippen kann – Beispiele gibt es jede Menge. Der wohl schlimmste und tragischste ist der europäische Antisemitismus, der auf so beschämende und für die meisten überraschende Weise aus der vermeintlichen Idylle des »friedlichen Nebeneinanders« so plötzlich explodieren konnte – in Wirklichkeit gerade deshalb, weil es ein gleichgültiges, verächtliches Nebeneinander gewesen ist.<sup>9</sup>

Wenn die sprachlich-kulturelle Verschiedenheit zu etwas wertvollem, zu einer produktiven Inspiration werden soll, müssen diese »verschiedenen« Nachbarn und Mitbürger miteinander kommunizieren, einander kennen und sogar schätzen lernen, was in der europäischen Vergangenheit wenigstens zum Teil auch geschah. Die Quelle der unleugbar überdurchschnittlichen europäischen Produktivität und Kreativität ist nicht die bloße »Verschiedenheit« gewesen, sondern erst die gegenseitigen Begegnungen und Befruchtungen mit den anderen. Die Motive für diese Kontaktnahme mag man wohl auch anders benennen, doch ich ziehe die schlichte Bezeichnung »Neugier« vor.

Nun wird diese Neugier auch in der heutigen Welt systematisch gepflegt, leider nur in ihren etwas verfallenen und oberflächlichen Formen. Von vielen Beispielen will ich nur wenige erwähnen. Das Fernsehen, das unsere »Freizeit« so wirksam füllt,

9 Vgl. zum Beispiel die eindrucklichen Schilderungen in den Romanen der Gebrüder Tharaud aus den 20er Jahren: *Un royaume de Dieu*; *La jument errante*; *La rose de Saron* usw.

pflegt zwar ein gewisses Interesse an dem jeweils Anderen, Überraschenden und Neuen, bloß auf eine höchst oberflächliche, bequemliche Art, wie es sich für ein Unterhaltungsmedium geziemt. Etwas Wirklicheres – weil etwas mehr Erforderndes – ist der Tourismus, auch eine ungeheure Industrie unserer Zeit, die zwar von der Neugier lebt, sie aber meist nur scheinbar fördert: die Hotels, die Schwimmbäder und letztendlich auch die Plagen unterscheiden sich immer weniger voneinander. Schon beim Tourismus wird die heilige Neugier der Menschen oft schamlos instrumentalisiert und ausgebeutet, noch viel schlimmer ist es in der Reklame, die meist ein entsetzlicher Mißbrauch der Neugier ist, der diese endlich tötet.

Die fast geheiligte Form der systematisierten Neugier ist in Europa freilich die Wissenschaft. Auch sie unterliegt aber heute einer Instrumentalisierung, die dieses produktive Element der Neugier fast zum Erlöschen bringt. Die sogenannten Naturwissenschaften haben sich auf das beschränkt, was überall auf dieser Welt gleich ist, also meßbar und vergleichbar, und zwar immer mehr bloß in den Bereichen, die einen kommerziellen Nutzen wenigstens versprechen oder aber militärisch interessant sind. Die Rückwirkungen dieser Verschmälerung sind heute überall die gleichen: junge Menschen scheuen diese technische Wissenschaft, und zwar nicht deshalb, weil sie zuviel Mühe erfordert – wie man oft sagt – sondern deshalb, weil sie ihre Neugierde nicht zu wecken, geschweige den zu sättigen vermag.

Was wäre nun zu tun, um diese elementare menschliche Leidenschaft, diese wichtigste aller menschlichen Begabungen zu entwickeln und zu vertiefen? So wie in den Wissenschaften verlangt jede kultivierte – und das heißt auch wertvolle – Neugier mehrere Kenntnisse und auch ein gewisses Wissen, das am ehesten in der systematischen Bildung und Erziehung zu erwerben ist. Das Interesse der Öffentlichkeit und sogar der Politiker für Erziehung wächst offensichtlich und in manchen europäischen Ländern ist es zum wichtigen Thema geworden. Bloß wird es meist auch nur in seiner instrumentalen Funktion gesehen, als Ausbildung einer Arbeitskraft, und nicht für eine »Wissensgesellschaft«, für eine *high-skills society*.

Eine »Ent-Instrumentalisierung« der schulischen Erziehung scheint auch aus einem anderen Grund geboten. Im Leben der Menschen in den heutigen reichen Gesellschaften wächst ständig der Anteil der freien Zeit, die einerseits gewollt und erstrebt, andererseits – als Arbeitslosigkeit – mit Recht gefürchtet wird. Die geläufige Antwort der Politiker, nämlich allen Bürgern die Arbeit, genauer gesagt die ersehnten Jobs zu besorgen, verliert schnell ihre Glaubwürdigkeit. Moderne Gesellschaften sind zwar reich genug, um keinen Bürger an Hunger sterben zu lassen, doch die gesellschaftliche Anerkennung und persönliche Erfüllung, die man hier traditionell in der Arbeit sucht, wird wahrscheinlich nicht allen zuteil.



Obwohl also eine der ersten Pflichten jeder guten Politik die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist und bleibt, muß sich die schulische Erziehung nicht auf eine Ausbildung der Arbeitskraft beschränken lassen, sondern muß junge Menschen auch für die – gewollte und sogar auch ungewollte – Freizeit vorbereiten. Sie darf nicht bloße Arbeitskraft, sondern mündige Menschen und verantwortliche Bürger ausbilden. Konkreter gesagt, sie muß sie nicht nur mit (voraussichtlich) nützlichen Kompetenzen ausrüsten, sondern auch ihre menschliche Neugier erwecken, kultivieren und mit nötigen Kenntnissen und Kompetenzen unterstützen.

Wir wissen heute, welche Rolle die pflichtmäßige Schulerziehung in der Entstehung moderner Nationalstaaten gespielt hat und alles weist darauf hin, daß dem auch in der Zukunft so sein wird.<sup>10</sup> Ohne eine zielgerichtete Erziehung wird auch das europäische Projekt nicht auskommen können. Aus dem oben gesagten folgt, daß diese europäische Bildung keineswegs die nationalstaatlichen Erziehungssysteme – schon aus Sprachgründen – ersetzen kann, es sollte sie aber vervollständigen und komplementieren, und zwar in vielfacher Hinsicht.

Zunächst – wie schon erwähnt – darf sie sich nicht zuviel instrumentalisieren lassen. Auch die europäische Bildung ist nicht bloßer Erwerb von direkt brauchbaren Kenntnissen, sondern grundsätzlich eine Kultivierung der traditionellen europäischen Neugier, des Durstes nach Erkennen, nach Begreifen und Verstehen. Europa hat den riesigen Vorteil, daß seine Vielfältigkeit dafür unerschöpfliche Möglichkeiten, reiche Felder für Forschung und Entdeckung, zum Beispiel in den benachbarten Kulturen oder in der Geschichte bietet. Ein gut gebildeter Europäer kann unmöglich an innerer Leere, an Langeweile leiden, die heute unsere Jugend so sehr plagt.

Was heißt hier aber »gut gebildet«? Die erwähnte kulturelle Vielfalt darf man sich nicht bloß als eine unschädliche Vielfalt lokaler Küchen, Trachten oder Festivals vorstellen. Ihre wichtigste Komponente ist die Vielfalt der Sprachen, die zunächst als Barrieren, Hindernisse der Verständigung wirken. Sie ist die auffälligste europäische »Besonderheit«, auf den ersten Blick schiere Irrationalität, die aber trotzdem zum Vorteil verwandelt werden soll. Wie? Nun scheint mir also, daß eine der wichtigsten Komponenten einer europäischen Bildung die *Mehrsprachigkeit* ist, zu der noch etwas gesagt werden muß.

In der unglücklichen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind die Sprachen des Kontinents aus dem Wettbewerb der »Weltsprachen« ausgeschieden und es ist das Englische als die globale *lingua franca* geblieben. Englisch ist die Weltsprache des Handels, der Wissenschaften, der Technik und auch des oberflächlichen Umgangs

10 Vgl. zum Beispiel Ernest Gellner: *Nations and Nationalism*. Oxford: Blackwell 1983.

geworden und wird es voraussichtlich auch bleiben. Wenigstens etwas Englisch werden wir alle brauchen, man soll aber nicht der Illusion verfallen, damit sei das Sprachenproblem in Europa erledigt. Ein Freund, ein erfahrener Kaufmann, pflegt zu sagen, man könne zwar überall auf der Welt auf Englisch einkaufen, kaum aber verkaufen. Je nachdem, welchen Lebenslauf er sich vorstellt, wird ein gebildeter Europäer als dritte Sprache eine der größeren kontinentalen Sprachen benötigen. Was die kleineren Sprachgemeinschaften betrifft, werden ihre Mitglieder freilich öfter die Sprache der Größeren lernen als umgekehrt. Trotzdem wird auch die Sprachkenntnis dieser »kleinen« Sprachen keineswegs an Wert und Bedeutung verlieren, und gerade weil sie immer selten bleiben werden, werden sie um so mehr gesucht.

Die Mehrsprachigkeit ist nicht nur ein Endzweck, sondern eine Bedingung für jeden wirklich nützlichen Austausch von Jugendlichen, Studenten, Lehrlingen, Wissenschaftlern oder Handwerkern. Die kurzsichtige Idee der »Gastarbeiter«, das heißt des Imports von Menschen, dessen Hände, nicht aber Köpfe oder gar Herzen benutzt werden sollten, rächt sich heute in schwierigen gesellschaftlichen Problemen. Der erwünschte Austausch von Menschen ist etwas ganz anderes: die Menschen sollten aus freier Neugier kommen und sich entweder um eine neue Staatsbürgerschaft bewerben – mit allem, was dazu gehört – oder wieder nach Hause gehen. Beides ist für Europa ein beträchtlicher Gewinn.

Der massenhafte Studentenaustausch, wie er unter den Programmen Sokrates usw. schon heute läuft, ist eindeutig ein guter Anfang und soll unbedingt unterstützt und weiterentwickelt werden. Es weckt das erwünschte Interesse an den Anderen, bereichert die Teilnehmer und schafft tätige Verbindungen quer durch Europa. Seine Wirksamkeit könnte aber wesentlich erhöht werden, wenn man den sprachlichen Fähigkeiten der Teilnehmer mehr Aufmerksamkeit widmen würde. Es gibt mehrere Universitäten, die Vorlesungen auf Englisch versprechen, in Wirklichkeit aber kaum halten, und es gibt Studenten, die Sprachkenntnisse vortäuschen, die sie erst am Ort zu erwerben hoffen. Auch viele Bibliotheken bieten praktisch nur Bücher in der lokalen Sprache an, was den Einheimischen gut paßt, die Ankommenden aber am Studium hindert.

Eine andere bewährte Methode, die die Völker Europas näher zueinander gebracht hatte, sind die Übersetzungen. Wegen der Asymmetrie zwischen den größeren und den kleineren Sprachen in Europa sollte man vielleicht Übersetzungen aus den kleineren Sprachen mehr fördern, damit die Leistungen dieser Leute auch den anderen zugute kommen, und zwar nicht nur in der schönen Literatur, sondern auch in den Wissenschaften. In der Geschichtsschreibung, in Philosophie usw.

haben wir »kleineren« oft den Vorteil, daß wir mehrere Sprachgebiete zugleich verfolgen und auch vergleichen können, was bei den Forschern der »großen« Sprachgemeinschaften nur selten geschieht.

Die erwünschte Neugier, das Interesse für das Andere, für die Anderen, kann durch ein europäisches Fernsehen wirksam erweckt werden, das freilich nicht bloß unter kommerziellem Druck arbeiten darf. Ein solches Unternehmen, daß mit gutem Gewissen aus europäischen Mitteln mitfinanziert werden kann, würde auch sehr vielen Menschen Arbeit verschaffen und zwar eine viel vernünftiger und nützlichere als manche »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen«.

Die wirksame und dauerhafte »Integration« Europas muß zwar von Brüssel oder Straßburg durch allgemeine Rahmenbedingungen und Normen gesteuert werden, kann aber von dort keineswegs alleine verwirklicht werden. Ein integriertes Europa kann nicht nur hierarchisch organisiert werden, bloß durch die Verbindungen zum Zentrum. Das bunt zerstückelte Europa, daß wir so sehr mögen, kann nur geduldig und sorgfältig aus den einzelnen Stücken zusammengenäht – wenn nicht zusammengeflickt – werden. Die entscheidende Arbeit an der gewünschten Integration wird an den Nahtstellen der einzelnen Kulturen und Sprachgebiete geleistet werden müssen, also nicht in den Zentren, sondern an den Sprachgrenzen, an den jeweiligen »Peripherien«. Diese leiden heute nicht nur an ihren wirtschaftlichen und sozialen Schwächen, an den Barrieren der Sprachen, sondern auch daran, daß sich die Menschen beiderseits der Grenze zu ihren jeweiligen nationalen Zentren hin orientieren und infolge dessen ihren Nachbarn den Rücken kehren.<sup>11</sup>

Deshalb ist ein großzügiges Programm grenzüberschreitender Zusammenarbeit, grenzüberschreitender Erziehung, Kultur und Forschung zu entwickeln, das solche Tätigkeiten vorrangig an den meist peripheren Nahtstellen unterstützen sollte, wo sich die echte Integration verwirklicht – oder eben scheitert. Den weiblich geduldigen, unauffälligen Charakter dieser wichtigen Arbeit für Europa würde wohl der Name »Penelope« zutreffend zum Ausdruck bringen.

11 Es gibt heute schon eine Menge verschiedener empirischer Forschungen, die diesen Zustand an den Grenzen bestätigen, doch sind daraus bisher keine politischen Schlußfolgerungen gezogen worden – wohl unter der Illusion, europäische Integration erfolge doch durch das Unterschreiben im Schumann-Zentrum und freilich in den Fernsehnachrichten.